



AUSGABE 53
September 2008



ANALYSEN & ARGUMENTE



Neue Friedenshoffnungen im Nahen Osten?

von Michael A. Lange | Dustin Dehéz

Nach den enttäuschenden Erfahrungen seines Vorgängers Bill Clinton hatte sich US-Präsident George W. Bush lange Jahre nicht mehr persönlich in den Nahost-Friedensprozess eingeschaltet.

Erst im Rahmen des Gipfeltreffens von Annapolis im November 2007 und mit seiner anschließenden ersten offiziellen Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete brachte er sich auch persönlich wieder in die Suche nach einer Friedenslösung für den Nahen Osten ein. Das neuerliche amerikanische Engagement wurde dabei – im 15. Jahr nach der Besiegelung der Osloer Prinzipienerklärung durch den berühmten Handschlag zwischen PLO-Chef Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten Rabin – in der Region sowohl mit Wohlwollen als auch mit Skepsis begleitet. Einige sahen die Rahmenbedingungen für eine bilaterale Friedenslösung deutlich verbessert; andere setzten weiterhin auf das vermittelnde Eingreifen externer Kräfte.

Welche politischen Entwicklungen einen Erfolg des Annapolis-Prozesses begünstigen und welche Umstände diesen Prozess auch weiterhin belasten, erörtert das folgende Papier ebenso, wie die Frage nach den Grundzügen einer möglichen Friedensvereinbarung und der möglichen Rolle Europas bzw. Deutschlands in diesem Prozess.

Redaktionsschluss: 30. August 2008

Ansprechpartner

Dr. Michael A. Lange
Teamleiter Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 12
E-Mail: michael.lange@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-940955-27-2



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | 1. EINLEITUNG

**3 | 2. VERBESSERTE RAHMENBEDINGUNGEN – ANLASS
ZUM OPTIMISMUS**

**6 | 3. SCHWIERIGE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN – ANLASS
ZUR SKEPSIS**

8 | 4. KATALYSATOREN DES ANNAPOLIS-PROZESSES

9 | 5. GRUNDZÜGE EINER MÖGLICHEN RAHMENVEREINBARUNG

10 | 6. WELCHE ROLLE FÜR EUROPA BZW. DEUTSCHLAND?

11 | DIE AUTOREN



1. EINLEITUNG

Nach langen Jahren der Zurückhaltung hat sich US-Präsident George W. Bush im November 2007 persönlich in die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten eingeschaltet. Trotz enttäuschender Erfahrungen des Vorgängers Bill Clinton, ebenfalls gegen Ende der Amtszeit, lud Bush zum Nahost-Treffen von Annapolis und besuchte anschließend zum ersten Mal Israel und die palästinensischen Gebiete.

Zweifellos war dies ein letzter Versuch, seinem bis dahin erfolglosen nahostpolitischen Handeln eine positive Wendung zu geben. Dabei wollte er den Fehler Clintons vermeiden, der seinerzeit sein gesamtes Prestige mit dem Prozess verbunden hatte, und überließ die Federführung in Annapolis seiner Außenministerin.

Mit der Initiative sollten nicht zuletzt auch einer künftigen Administration Anknüpfungspunkte für eine Fortführung des Prozesses hinterlassen werden. Indirekt war damit das Eingeständnis verbunden, dass die ursprüngliche Hoffnung getrogen hatte, mit Erfolgen im Irak Impulse für eine Demokratisierung der gesamten Region geben und damit auch den Nahostkonflikt einer Lösung näher bringen zu können. Inzwischen war Bush klar geworden, dass eine Friedenslösung nicht über Umwege zu erreichen sein würde, sondern direkter Verhandlungen mit und zwischen den Konfliktparteien bedarf.

Die Vereinigten Staaten hatten kurz vor Bushs Reise in die Region zum wiederholten Mal nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass sie sich weiterhin gegenüber beiden Konfliktparteien verpflichtet fühlen, der gemeinsamen Vision von zwei demokratischen Staaten, die in Frieden und Sicherheit nebeneinander leben, zum Durchbruch zu verhelfen.

Zum Treffen in Annapolis im November 2007 hatte Bush alle wichtigen Akteure aus der Region eingeladen, um ihre Bereitschaft für einen neuen Anlauf zur Lösung des Konflikts einzufordern. Bis zum Ende seiner Amtszeit sollte wenigstens eine grundlegende Vereinbarung über einen gemeinsamen Weg zu einer dauerhaften Lösung erzielt werden.

Die Zeichen dafür standen gut, denn trotz der bislang ausbleibenden breiten Demokratisierung der Region haben sich mittlerweile die Rahmenbedingungen im Nahen Osten verändert. Der Aufstieg des Iran und das Zusammenrücken der sunnitischen Staaten bieten neben Risiken auch Chancen für neue Koalitionen.

Die beiden Protagonisten, der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert und der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas, einigten sich schnell auf die Bildung eines bilateralen Verhandlungskomitees. Unbestä-

tigten Meldungen zufolge sollen Israels Außenministerin Livni und der ehemalige palästinensische Regierungschef Qurei nach schleppendem Beginn bald weitgehende Übereinstimmungen in Einzelfragen erzielt haben. Bedenken und Rücksichten wurden dabei dem Ziel untergeordnet, tatsächlich bis Ende 2008 einen Rahmenvertrag zu entwerfen, in dem für wesentliche Konfliktpunkte Lösungen skizziert sind. Es scheint, als hätten sich beide Seiten tatsächlich einander angenähert und als wollten beide den engen Zeitvorgaben der USA entsprechen.

Sollte es tatsächlich zu einem Abschluss kommen und Bush damit den Erfolg vorweisen können, der Clinton verwehrt blieb, läge das nicht unwesentlich an den Veränderungen in der Region während der letzten Jahre.

2. VERBESSERTER RAHMENBEDINGUNGEN – ANLASS ZUM OPTIMISMUS

In Annapolis sind seit langer Zeit zum ersten Mal wieder nahezu alle Arabischen Staaten einer Einladung der USA gefolgt. Zwar konnte es sich keine Partei leisten, durch Abwesenheit Desinteresse oder mangelndes Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der Bemühungen Amerikas zu demonstrieren, aber deutlich sichtbar war darüber hinaus etwas Neues, nämlich der Wille vieler bisher zurückhaltender Regime, den Friedensprozess tatsächlich voranzubringen. Vor allem die Anwesenheit einer syrischen Delegation zeigt die neu erwachte Bereitschaft auch von Vertretern der „Ablehnungsfront“, Teil des Prozesses zu werden. Politische Beobachter glauben, darin Anzeichen für eine vorsichtige Neuorientierung der syrischen Außenpolitik insgesamt erkennen zu können.

Die Arabische Liga hatte auf ihrem Gipfel in Riad im März 2007 ihr Friedensangebot aus dem Jahr 2002 erneuert. Darin wird Israel im Falle eines Rückzugs aus den 1967 besetzten Gebieten im Rahmen eines umfassenden Friedensabkommens die Anerkennung seines Existenzrechts in Aussicht gestellt. Syrien hatte damals zu Beginn des Jahrzehnts an der Konferenz nicht teilgenommen. Diesmal fand das Treffen sogar gleich in Damaskus statt und die Regierung stellte ihre neue Verhandlungsbereitschaft deutlich heraus.

Es hat den Anschein, als ob die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, aufgeschreckt durch einen sich augenscheinlich atomar bewaffnenden, aggressiven Iran, lieber heute als morgen einen Schlussstrich unter den Dauerkonflikt mit Israel ziehen möchten.

Das ist auch der Grund, warum Saudi-Arabien seine bisher eher indifferente Haltung gegenüber dem nahöstlichen Friedensprozess aufgegeben hat und sich immer aktiver an der Suche nach einer Friedenslösung beteiligt. Zuvor hatte die



Führung in Riad jahrelang versucht, die Legitimation des eigenen Königshauses durch eine zumindest nach außen dargestellte unversöhnliche Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt zu sichern. Und Riad hatte die Palästinenser finanziell unterstützt. Auf diese Weise hoffte man, die radikalen Muslime im eigenen Land vom Kampf gegen das Königshaus abhalten zu können. Es ist daran zu erinnern, dass die Dynastie trotz ihrer Unterstützung des Wahabismus bei vielen als unislamisch gilt, weil sie den Vereinigten Staaten erlaubt hat, Truppen auf arabischem Territorium zu stationieren.

Erst die drohende neue, auf Nuklearpotenzial gestützte Vormachtstellung Irans hat Riad dazu gebracht, in Israel nicht nur den „Feind der Araber“ zu sehen, sondern möglicherweise sogar einen Mitstreiter gegen eine hegemoniale Rolle Irans. Schon jetzt gibt es mehr gemeinsame Interessen zwischen Riad und Tel Aviv als in der Vergangenheit.

Saudi-Arabien sieht sich heute, nach der Beendigung der Herrschaft Saddam Husseins, dank seiner finanziellen Möglichkeiten als die neue „sunnitische Großmacht“, die von der sich nuklear bewaffnenden, „schiitischen Großmacht“ Iran herausgefordert wird. Beide Länder ringen um Einfluss-sphären und versuchen, möglichst viele Nachbarländer auf ihre Seite zu ziehen.

Aber nicht nur Saudi-Arabien, das in der wichtigsten Erdöl-provinz selbst mit einer schiitischen Minderheit unklarer Loyalität zu tun hat, sieht in der Ausdehnung des iranischen Einflussbereichs eine Gefahr (mit Sorge blickt es dabei auf den Nachbarn Jemen an seiner Südgrenze, wo schiitische Aufständische gegen die Zentralregierung rebellieren). Auch andere sunnitische Staaten, vor allem Jordanien und Ägypten, fürchten die Entstehung eines „schiitischen Halbmondes“ oder, wie es der israelische Verteidigungsminister Barak etwas undiplomatisch formuliert hat, einer „schiitischen Banane“. So eine Konstellation würde die eigene politische Stabilität gefährden.

In der Bevölkerung der genannten Länder erreicht die Popularität schiitischer Führer, wie des Hisbollah-Chefs Nasrallah und selbst des iranischen Präsidenten Ahmadinejad, inzwischen Werte, die den Herrschenden Angst machen. In den Augen der einfachen Menschen führen jene nämlich, anders als die eigenen Führer, den Kampf gegen Israel nicht nur mit Worten. Dass sie dabei wie zuletzt im Sommerkrieg 2006 auch erfolgreich zu sein scheinen, tut ein übriges. So können sich die kämpfenden Milizen als die eigentlichen Verteidiger der „arabischen Sache“ in Szene setzen; auch wenn sie dabei von einer nichtarabischen Macht, dem Iran, unterstützt werden.

Diese innenpolitischen Risiken tragen dazu bei, dass moderate sunnitische Länder, interessiert vor allem an Machterhalt und innerer Stabilität, auf Israel zugehen. Eine Einigung würde den vom Iran unterstützten Gruppen den Wind aus den Segeln nehmen.

Auch die Führung in Syrien scheint sich inzwischen zu fragen, ob die bisherige regionalpolitische „Verortung“ noch angemessen ist. Vor allem, nachdem man sich mit dem Libanon über alle bilateralen Fragen zu einigen beginnt. Und ob angesichts einer Zuspitzung des Nuklearstreits mit dem Iran den Überlebensinteressen des Regimes von Bashar al Assad mit einer anhaltenden engen Bindung an den Iran langfristig wirklich gedient ist.

Obwohl also Syrien immer noch vom Lager der „moderaten“ sunnitischen Staaten isoliert ist und auf dem letzten Gipfel der Arabischen Liga in Damaskus für seine enge Bindung an den Iran durch die Abwesenheit wichtiger Repräsentanten dieser Länder bestraft wurde, besteht eine realistische Hoffnung auf einen politischen Schwenk in Damaskus. Besonders die jüngsten Treffen Assads mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy haben das noch einmal deutlich gemacht.

Zwar konnte sich die alewitische Herrscherfamilie durch die politische Zusammenarbeit mit dem Iran jahrelang günstige Erdöllieferungen und finanzielle Unterstützung sichern, die Mehrheit der syrischen Bevölkerung aber, sunnitisch geprägt, steht den Aktivitäten des eigenen Regimes und Organisationen wie der schiitischen Hisbollah mit großer Zurückhaltung gegenüber.

Das zwar laizistisch auftretende, jedoch von dem schiitisch/alewitischen Familienclan der Assads dominierte Regime besitzt also schon aus Gründen des Machterhalts Interesse an einem Ausgleich der Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten. Und es muss Vorbehalten Rechnung tragen, die Nachbarländer wie die Türkei, Israel und Jordanien gegenüber den iranischen Aktivitäten in der Region hegen.

Brächte Syrien sich aktiv in den neuen Annapolis-Prozess ein, wäre sicher auch eine Verständigung zwischen Israel und Syrien zu erhoffen. Unter Vermittlung der Türkei finden ja bereits seit einiger Zeit inoffizielle Gespräche statt, in denen die vom syrischen Präsidenten immer wieder geäußerte Verhandlungsbereitschaft erprobt wird.

Militärexperten sind sich einig, dass die von Israel besetzten Golan-Höhen heute nicht mehr die militärische Rolle spielen, die sie im Zeitalter eher konventioneller Bewaffnung besaßen. Eine militärische Auseinandersetzung an Israels Nordgrenze würde vermutlich nicht am Boden, sondern in der Luft ausgetragen und entschieden werden.



Deshalb wäre Israel – bei entsprechenden Gegenleistungen sowohl Syriens (Demilitarisierung) als auch der USA (Militärkooperation) – heute wohl bereit, den Golan zu übergeben, sei es unmittelbar an Syrien, sei es zunächst an eine Instanz, die die Einhaltung der Friedensvereinbarungen zu kontrollieren hätte. Damit wäre dann der Weg frei für eine Friedenslösung zwischen beiden Ländern.

Aktuelle Meldungen über die geplante Lieferung und Stationierung eines leistungsstarken amerikanischen Raketen-Frühwarnsystems in der israelischen Negev-Wüste sprechen für die Ernsthaftigkeit des aktuellen Verhandlungsprozesses.

Eine große Sorge verband die syrische Führung mit dem Bestreben westlicher Länder, vor allem der USA, Menschenrechte und Demokratie im Nahen Osten durchzusetzen. Das derzeitige syrische Regime kann realistisch gesehen nicht darauf hoffen, demokratische Wahlen zu gewinnen, da es ganz offensichtlich nicht über eine mehrheitliche Unterstützung seiner überwiegend sunnitischen Bevölkerung verfügt. Im Falle wirklich freier Wahlen wäre ein Regimewechsel nahezu unvermeidlich und nicht wenige politische Beobachter halten in einem solchen Fall dann eine der Hamas ähnliche Regierung für wahrscheinlich.

Nachdem aber sowohl die USA (*Regime Change*) als auch einige europäische Mächte (Demokratisierung) ihren politischen Erwartungshorizont mit Blick auf Syrien in den letzten Monaten deutlich korrigiert haben, spielen diese Sorgen inzwischen wohl eine geringere Rolle.

Sorgen bereiten Syriens Führung weniger die Wertvorstellungen des Westens oder die Bedingung Israels, nicht länger Hisbollah oder Hamas zu unterstützen. Ihre Furcht gilt vielmehr innenpolitischen Unwägbarkeiten. Israelkritische Anhänger der sogenannten „Ablehnungsfont“ könnten, wenn in ihren Augen die erreichte Kompromisslösung unbefriedigend ausfiele, erhebliche Unruhe im Land stiften. Vor allem die syrische Muslimbruderschaft ist hier als potentieller Unruhefaktor zu nennen. Nach der blutigen Niederschlagung ihres „Aufbegehrens“ in Hama zu Anfang der 1980er Jahre hat sie mit dem Assad-Clan noch eine Rechnung offen.

Trotz all dieser Risikofaktoren agiert Syrien nicht erst seit Annapolis und dem letzten Pariser Treffen zur Inauguration der neuen „Union für das Mittelmeer“ deutlich konstruktiver als in der Vergangenheit. Syrien spricht immerhin wieder mit Europa, allerdings noch nicht mit den USA. Es zeigt sich inzwischen auch bereit, seine komplizierten diplomatischen und politischen Beziehungen zum Libanon zu klären und dauerhaft zu regeln.

Mehr als sechzig Jahre lang hatte Damaskus dem libanesischen Staat die staatliche Souveränität vorenthalten und

sich geweigert, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Erst nachdem die libanesischen Regierung der von der Hisbollah angeführten, pro-syrischen Opposition im Land Zugeständnisse gemacht hatte, indem sie ihr eine mit einem Vetorecht ausgestattete Regierungsbeteiligung ermöglichte, war Syrien bereit, die UN-Sicherheitsratsresolution 1559 beziehungsweise 1680 zu erfüllen. Damit verbunden war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Klärung des bis heute umstrittenen Grenzverlaufs.

Auf diesem Wege ließe sich unter Umständen sogar das leidige Problem der Sheba-Farmen lösen. Mit der Tatsache, dass diese von Israel besetzt sind, wird bis heute die Bewaffnung der Hisbollah begründet. Da der Libanon hier berechnete Territorialansprüche habe, so die Begründung, sei der israelische Rückzug aus dem Süd-Libanon bis heute unvollendet. Damit besteht immer wieder erneut Anlass, zur „Befreiung“ auch dieser Gebiete aufzurufen. Obwohl neben Israel auch die Vereinten Nationen dieses Gebiet als zum syrischen Staatsgebiet gehörend betrachten, könnte eine bilaterale Regelung dieser Frage zwischen Damaskus und Beirut der libanesischen Innenpolitik viel Zündstoff nehmen.

Sollte der Grenzverlauf also abschließend geregelt und das Territorium entweder dem Libanon zugewiesen und von den Israelis freigegeben oder bei Syrien verbleiben und Gegenstand einer bilateralen syrisch-israelischen Friedensvereinbarung werden, könnte sich auch der Status und die Rolle der Hisbollah im Libanon in Zukunft weniger konfliktträchtig gestalten.

Die syrische Führung hat also durchaus nicht nur ein wirkliches Interesse an einer Konfliktlösung, sondern verfügt auch durchaus über Trümpfe, die ihr in dem Friedenspoker nützliche Dienste leisten könnten.

Als vorteilhaft für den gegenwärtigen Prozess könnte sich auch die aktuelle Situation der palästinensischen Autonomiebehörde erweisen. Mehr als zuvor ist sie auf Verhandlungserfolge angewiesen, die die Entstehung eines unabhängigen, palästinensischen Staates wahrscheinlicher werden lassen oder zumindest die Lebensbedingungen in der West Bank verbessern. Ohne solche Erfolge schwindet die Unterstützung von Verhandlungen durch die palästinensische Öffentlichkeit, und Gruppierungen wie die Hamas, die den Friedensprozess bekämpfen, erhielten wieder Zulauf.

Zudem ist Präsident Abbas seit dem Machtverlust im Gaza-Streifen mehr denn je auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen, aus der er gegenwärtig einen großen Teil seiner öffentlichen Legitimation bezieht. Daher ist der Druck auf die palästinensische Autonomiebehörde, Kompromisse einzugehen und mögliche Sicherheitsvereinbarungen mit Israel tatsächlich umzusetzen,



höher als bei allen früheren Friedensprozessen. Jetzt steht nichts weniger als der Machterhalt der Fatah im Westjordanland auf dem Spiel. Eine Wiederannäherung zwischen der Hamas und der Fatah zur Bildung einer gemeinsamen Regierung dagegen scheint eher unwahrscheinlich zu sein. Weder die arabischen Vermittlungsversuche im Jemen im März 2008 noch die aktuellen Vermittlungsbemühungen Ägyptens haben zu einem greifbaren Erfolg geführt.

Und so bleibt abzuwarten, wie sich die Hamas im Falle einer Einigung zwischen Olmert und Abbas verhalten wird. Würden sich in diesem Falle positive wirtschaftliche Veränderungen nur in jenen Gebieten realisieren lassen, die dem Gewaltmonopol des Verhandlungspartners Abbas unterliegen, also in der West Bank, könnte sich auch die Mehrheit der Bevölkerung im Gaza-Streifen für solche Vereinbarungen interessieren und die Hamas zu größerer Kompromissbereitschaft drängen.

3. SCHWIERIGE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN – ANLASS ZUR SKEPSIS

Haben sich die Rahmenbedingungen für einen Frieden also inzwischen durchaus verbessert, stehen einer dauerhaften Lösung doch weiterhin signifikante Hindernisse entgegen.

Als wesentlich sehen politische Beobachter die schwierigen innenpolitischen Machtkonstellationen an, sowohl in Israel als auch im Libanon und in den palästinensischen Gebieten.

Ehud Olmert, der seine politische Karriere einmal als Bürgermeister Jerusalems und politischer Falke im Likud begann, ist inzwischen nach vielen Misserfolgen und sich erhaltenden Korruptionsvorwürfen entschlossen, sich aus der Politik zurückzuziehen. Er hat angekündigt, auf dem kommenden Parteitag der Kadima-Partei im September nicht mehr für deren Vorsitz zu kandidieren und, sobald die Kadimaspitze neu besetzt sei, als Ministerpräsident zurückzutreten.

Ein derart resoluter Rückzug aus der Politik könnte bei Olmert durchaus der Wunsch entstehen lassen, seine Amtsführung mit einer politischen Großtat zu beenden. Niemand kann daher momentan ausschließen, dass sich der noch amtierende Ministerpräsident mit einem politischen „Paukenschlag“ von der politischen Weltbühne verabschiedet.

Dabei könnte es sich um die Verkündung einer Rahmenvereinbarung mit den Palästinensern handeln, ebenso gut aber auch um ein militärisches Ultimatum gegenüber dem Iran. Beobachter glauben, dass, gerade weil Olmert auf die eigene politische Zukunft keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht, größere Kompromissbereitschaft in den gegenwärtigen Verhandlungen durchaus eher im Bereich des Möglichen liegt als bei einem Politiker, der sich um künftige Regierungsmehrheiten sorgen muss.

Seine Partei etwa muss nicht nur eine neue Führungsperson wählen, sondern auch eine neue Koalition schmieden. Sollte dies nicht innerhalb von drei Monaten gelingen, bliebe Olmert bis zu Neuwahlen kommissarisch im Amt.

Während Olmert seinen Rückzug aus der Politik vorbereitet, ist in seiner Partei der Führungsstreit offen entbrannt. Außenministerin Livni und Transportminister Mofaz kämpfen um die Nachfolge im Parteivorsitz und – nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen – auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten.

Tzipi Livni, die schon seit Monaten die Verhandlungen mit den Palästinensern in verantwortungsvoller Rolle begleitet, ist als Unterhändlerin mit dem aktuellen Verhandlungsprozess besser vertraut und gilt als kompromissbereiter. Trotzdem versuchte sie sich mit dem Verweis auf ihre frühere Tätigkeit für den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad auch als erfahrene Sicherheitsexpertin darzustellen. Shaul Mofaz gilt dagegen als „Hardliner“ und fühlt sich als ehemaliger Generalstabschef der israelischen Armee eher als seine Kontrahentin berufen, das Land in dieser schwierigen Phase zu führen. Er verweist auf seine militärischen Erfahrungen und geriert sich mit wiederholten Drohungen gegen Teheran als außenpolitischer Falke.

Für beide ist der Kampf um die Parteispitze nur ein erster Schritt auf dem Weg an die Spitze der Regierung. Die Suche nach Koalitionspartnern dürfte allerdings die schwierigere Aufgabe werden. Gelänge eine Lösung innerhalb von neunzig Tagen nicht, wären Neuwahlen unausweichlich. Die Kadima, die im Falle von Neuwahlen mit Mandatsverlusten zu rechnen hat, würde eine Fortsetzung der aktuellen Koalition bevorzugen. Dazu benötigt sie die religiösen Parteien, die einer Besetzung des Ministerpräsidentenamtes durch eine Frau skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Koalitionstaktisch wäre eine Wahl Livnis also unklug. Dass sich ein solches Kalkül allerdings bis in die Mitgliedschaft der Partei weitertragen lässt, ist jedoch fraglich, auch in Israel beziehen Wähler selten Koalitionskalkül in ihre Wahlentscheidung mit ein.

Auf Neuwahlen setzt neben Oppositionsführer Benjamin Netanjahu, dessen Likud-Partei in Umfragen deutlich aufgeholt hat, auch der bisherige Koalitionspartner der Kadima, die Schas-Partei, denn auch sie würde bei Neuwahlen wohl besser abschneiden.

In jedem Falle bliebe Ehud Olmert bis zu Neuwahlen geschäftsführend im Amt. Es ist möglich, dass er genau darauf spekuliert, um sein „Friedenswerk“ doch noch zu vollenden und ein Rahmenabkommen abzuschließen.



Nach der Zukunft des in Annapolis gestarteten Friedensprozesses gefragt, sagte er, dass er hoffe, ein Abkommen noch während seiner Amtszeit unterzeichnen zu können – eingedenk der gerade beschriebenen Umstände muss das nicht zwangsläufig schon im September sein.

Auch auf palästinensischer Seite liegen die Dinge kompliziert. Da die Hamas seit den letzten Auseinandersetzungen den Gaza-Streifen vollständig kontrolliert, kann Mahmoud Abbas derzeit nur für jenen Teil der Palästinenser sprechen, die in der West Bank ansässig sind. Und er kann Verhandlungsergebnisse nur soweit umsetzen, wie sie seinen aktuellen „Herrschaftsbereich“ betreffen.

Es stellt sich also die Frage, welche Palästinenser sich, wenn es denn tatsächlich zu einer Rahmenvereinbarung zwischen Israelis und Palästinensern käme, an die erzielten Verhandlungsergebnisse gebunden fühlen würden und wie die vereinbarten Sicherheitsgarantien gewährleistet werden könnten. Denn nicht nur die Autorität von Mahmoud Abbas ist untergraben, sondern nahezu alle Sicherheitsorgane sind gespalten und die Hamas baut gegenwärtig im Gaza-Streifen einen parallelen Staat auf.

Fehlt aber das für die Durchsetzung aller Sicherheitsvereinbarungen notwendige staatliche Gewaltmonopol, lassen sie sich nicht verwirklichen und eine Antwort auf die Frage, wie die Palästinensische Autonomiebehörde die Kontrolle über den Gaza-Streifen wiedererlangen soll, steht bislang aus.

Bevor also eine zwischen Olmert und Abbas vereinbarte Rahmenvereinbarung greifen kann, müssten sich Fatah und Hamas auf einen modus vivendi im Umgang mit den Verhandlungsergebnissen verständigen. Das gilt als sehr unwahrscheinlich. Deshalb müsste wohl in Kauf genommen werden, dass zunächst nur Ergebnisse umgesetzt würden, die die West Bank betreffen.

Die Übergangsregierung Fayad könnte dann versuchen, den Inhalt einer solchen Rahmenvereinbarung zum Gegenstand einer neuerlichen Wahlauseinandersetzung mit der Hamas zu machen. Zwar stehen auch in den Autonomiegebieten Neuwahlen im Jahre 2009 an, ob es aber unter den aktuellen Umständen zu Präsidentschafts- und Parlamentswahlen kommen wird, gilt als höchst ungewiss.

An dem Autoritätsdilemma der Palästinensischen Autonomiebehörde hat auch der kürzlich auf Betreiben Ägyptens geschlossene Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel im Gaza-Streifen nicht wirklich etwas geändert. Dieser Waffenstillstand hat die Hamas eher gestärkt, weil Israel damit die Kontrolle der Hamas über den Gaza-Streifen de facto anerkannt hat. Demgegenüber erwarten die USA von der Autonomieregierung unverändert, dass sie mit der Hamas in keine ernsthaften Verhandlungen eintritt.

Der Waffenstillstand im Gaza-Streifen stellt für Israel eine Art Lackmustest für die Fähigkeit der Hamas dar, rund ein Dutzend anderer radikaler Palästinensergruppen davon abzuhalten, weiter Raketen und Mörser auf Israel abzufeuern. Die Hamas aber rühmt sich, dass es ihr gelungen sei, mit Israel zu einer Vereinbarung zu kommen, obwohl sie die Vorbedingungen nicht erfüllt habe.

Auch das wegen Syriens Rolle im Libanon und im Irak weiterhin angespannte amerikanisch-syrische Verhältnis steht dem Verhandlungsprozess momentan entgegen. Im Gegensatz zu den europäischen Staaten, allen voran Frankreich, das es sich nicht nehmen ließ, Assad zur „mediterranen Gipfelkonferenz“ nach Paris einzuladen, hält die US-Regierung weiterhin Distanz. Ein überraschender Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi im April 2007 und ein Treffen zwischen Condoleezza Rice und dem syrischen Außenminister haben daran nicht viel geändert.

Da Israel im Annapolis-Prozess jedoch auf die US-Regierung angewiesen bleibt, wird viel davon abhängen, wie sich das Verhältnis der USA zu Syrien weiterentwickelt, selbst wenn es den Europäern unter der Führung Frankreichs gelänge, Syrien und Israel einander näher zu bringen. Daher lässt allein die Ankündigung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Obama, er werde mit allen Konfliktparteien ohne Vorbedingungen sprechen, Beobachter optimistisch in die Zukunft blicken.

Nicht viel hoffnungsvoller stimmt ein Blick auf die innenpolitische Machtkonstellation im Libanon, wo die Hisbollah im Mai 2008 erstmals ihre Waffen gegen andere libanesischen Fraktionen einsetzte, um eine Regierungsbeteiligung und ein Vetorecht für sich zu erzwingen. Die Regierungsbeteiligung von Kräften, die der Hisbollah nahe stehen, als Preis für die Wahl des neuen libanesischen Präsidenten Suleiman stellt sicherlich einen Rückschlag für das Bemühen dar, Israels Sorgen hinsichtlich seiner nördlichen Nachbarn zu verringern.

Der offizielle Empfang der freigesprochenen israelischen Gefangenen, darunter erstmals auch verurteilte Mörder, durch die neue libanesischen Koalitionsregierung hat in Israel Bestürzung hervorgerufen, auch wenn man sich von der Wahl eines neuen libanesischen Präsidenten insgesamt Fortschritte bei libanesisch-syrischen Problemen erhofft.

Während seines ersten offiziellen Staatsbesuchs in Damaskus haben der libanesischen Präsident Suleiman und der syrische Präsident Assad nun die Aufnahme bilateraler Beziehungen vereinbart und damit eine Hürde auf dem Weg der Annäherung Syriens an den Westen beseitigt. Das Ergebnis des Versuchs, den endgültigen Grenzverlauf zwischen beiden Ländern einschließlich der umstrittenen Frage der Sheba-Farmen zu regeln, wird zeigen, ob die



Hisbollah ihr Vetorecht auch in solchen für den libanesischen Staat entscheidenden Fragen einsetzen wird, um ein Machtfaktor der libanesischen Innenpolitik zu bleiben. Mit einer Entwaffnung der Hisbollah-Miliz als unmittelbares Ergebnis einer solchen, immerhin möglichen Einigung ist jedenfalls nicht zu rechnen.

Für den iranischen Präsidenten entwickeln sich die Dinge in der Region gegenwärtig nicht vorteilhaft. Wie die Hamas wurde auch der Iran nicht zum Nahosttreffen in Annapolis eingeladen. Solange der Konflikt um das iranische Atomprogramm ungelöst bleibt und der Iran mit einem militärischen Eingreifen der USA oder Israels rechnen muss, wird er radikale Gruppen im Libanon und in Palästina weiter unterstützen und versuchen, die arabischen Massen auf seine Seite zu ziehen. In den Augen iranischer Hardliner gehört das alles zum iranischen Abschreckungspotenzial.

Inwieweit eine deutliche Orientierung Syriens Richtung Westen dieses Abschreckungspotenzial reduzieren würde, wird die Zukunft zeigen. Richtig bleibt, dass genauso wie eine überraschende Friedensvereinbarung zwischen Israelis und Palästinensern auch eine Verschärfung der israelischen Haltung gegenüber dem Iran als „politisches Vermächtnis“ Olmerts denkbar bleibt und die Gefahr einer militärischen Eskalation trotz der laufenden Verhandlungen noch längst nicht gebannt ist.

4. KATALYSATOREN DES ANNAPOLIS-PROZESSES

Wie es im Nahen Osten weitergeht, ist also vollkommen offen. Israelis und Palästinenser müssen selbst ihren Weg zum Frieden finden. Kein Friedensprozess kann erfolgreich abgeschlossen werden, wenn die Konfliktparteien nicht zum Frieden bereit sind. Dass es sowohl in Israel als auch unter den Palästinensern weiterhin genügend Friedensgegner gibt und auch in Zukunft geben wird, ist offensichtlich. Dazu muss eine eventuelle Lösung parlamentarische Mehrheiten finden. Das ist jedoch von funktionierenden Institutionen auch auf palästinensischer Seite abhängig.

Richtig bleibt aber, dass sich Israel in der jüngsten Vergangenheit neben der militärischen Bedrohung einer Bedrohung anderer Art immer mehr bewusst geworden ist – der durch die demographische Entwicklung.

Im früheren Mandatsgebiet Palästina, dem Groß-Israel der jüdischen Hardliner, dürfte es in allernächster Zeit dazu kommen, dass der palästinensische den jüdischen Bevölkerungsanteil übersteigt.

Während jetzt im israelischen Kernland neben etwa 5,4 Millionen (76 Prozent) Juden auch eine palästinensische Minorität von etwa 1,7 Millionen (24 Prozent) Nichtjuden lebt,

hat sich in den besetzten Gebieten nicht nur die Zahl der jüdischen Siedler auf 450.000 erhöht, sondern gleichzeitig ist auch die Zahl der Palästinenser auf insgesamt ungefähr vier Millionen (West Bank 2,5 / Gaza 1,5) gewachsen. Das bedeutet, dass im früheren Mandatsgebiet Palästina den 5,85 Millionen Juden heute schon 5,7 Millionen Palästinenser gegenüberstehen.

Angesichts dieser Entwicklung hatte sich schließlich auch ein ehemaliger Siedlungsaktivist wie Ariel Sharon seinerzeit dazu durchgerungen, sich nicht nur einseitig aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen und die dortigen Siedlungen zu evakuieren, sondern zwischen den palästinensischen Gebieten und dem Kernland Israel nahe der so genannten Grünen Linie einen Grenzzaun zu bauen. Diese Mauer, die heute das israelische Territorium vor weiteren Terrorattacken schützen soll, wird eines Tages wenigstens teilweise auch als Grenzbefestigung gegenüber einem unabhängigen Palästina dienen.

Prognosen für das Jahr 2020 sagen selbst für das israelische Kernland einen Anteil der jüdischen Bevölkerung voraus, der statt jetzt über 75 Prozent nur noch 70 Prozent betragen wird. Eine Zwei-Staaten Lösung scheint daher auch für Israel unumgänglich, wenigstens wenn es zugleich ein jüdischer und ein demokratischer Staat bleiben will. Aus diesem Grunde nimmt der gegenwärtige Mauerverlauf auch bereits die israelische Entscheidung vorweg, möglichst Gebiete mit einer großen Siedlerdichte zur Annexion vorzubereiten und im Tausch dafür vorwiegend unbewohnte Gebiete im Negev anzubieten.

Wegen all der genannten Gründe dürfte die entscheidende Frage deshalb wohl weniger sein, ob es zwischen Olmert und Abbas zu einer wie auch immer gearteten Verständigung kommt, sondern eher, ob die Hamas über den aktuellen Waffenstillstand hinaus bereit ist, mit dem Staat Israel langfristige und dauerhafte Vereinbarungen zu treffen, die einem umfassenden Friedensabkommen zwischen Israelis und Palästinensern nicht im Wege stehen.

Sollte sie dazu nicht bereit sein, wäre von Bedeutung, inwieweit die Hamas, trotz internationaler Isolation, auch in der Zukunft in der Lage wäre, Friedensbemühungen durch Terroranschläge und Raketenangriffe weiter zu torpedieren und auf diese Weise selbst eine Teillösung zwischen Olmert und Abbas zu verhindern.

Erst der Machtverlust der Fatah im Gaza-Streifen hat für das Ende eines bis dahin auch für die arabischen Nachbarn bequemen Status quo gesorgt. Die arabischen Staaten kalkulieren zu Recht, dass nur eine dauerhafte Beilegung des Konfliktes verhindern könnte, dass radikale islamische Organisationen eine gescheiterte Friedenssuche zum neuerlichen



Ausgangspunkt für eine Bekämpfung der eigenen, größtenteils säkularen Regierungen instrumentalisieren könnten.

Ägypten hat daher begonnen, entschiedener als zuvor gegen Waffenschmuggel durch Tunnelsysteme nahe der Grenzstadt Rafah vorzugehen, und die arabischen Staaten insgesamt, allen voran Ägypten, verstärken ihre Vermittlungsbemühungen. Auch wenn bisher nicht mehr als der eine oder andere Waffenstillstand verabschiedet werden konnte, an den sich zudem oft nicht alle Gruppierungen hielten, so ist doch auf nahezu allen Seiten die Bereitschaft unverkennbar, einen ernsthaften Beitrag zum Frieden zu leisten.

Zu beachten ist auch die Darstellung des Konflikts in den Medien. Niemand möchte in den Augen der Weltöffentlichkeit als Gegner einer friedlichen Lösung dastehen. Aber genauso wie dadurch der Druck zu verhandeln größer geworden ist, ist angesichts des weltweiten Medieninteresses auch die Sicherstellung ungestörter Verhandlungen schwieriger geworden. Vor allem gilt das für die Einhaltung etwa verabredeten Stillschweigens über Verhandlungsfortschritte.

5. GRUNDZÜGE EINER MÖGLICHEN RAHMENVEREINBARUNG

In den letzten Wochen scheint ein Vertrag zwischen Israelis und Palästinensern in greifbare Nähe gerückt zu sein. Israelischen Presseberichten zufolge haben sich Olmert und Abbas sowie die Chefunterhändler Livni und Qurei in mehr als fünfzig Treffen auf Grundzüge eines Abkommens geeinigt.

Der israelischen Tageszeitung *Haaretz* vom 12. August 2008 zufolge sieht ein konkreter israelischer Vorschlag folgendermaßen aus:

Israel annektiert rund sieben Prozent der West Bank, vor allem die Hauptsiedlungsblöcke Maaleh Adumim, Gush Etzion und einige Siedlungen um Jerusalem und im Norden der West Bank. Dafür würde es etwa 5,5 Prozent des jetzigen israelischen Staatsgebiets an die Palästinenser übertragen und dazu die ungehinderte Passage – ohne Sicherheitskontrollen – zwischen West Bank und Gaza (äquivalent 1,5 Prozent des Territoriums) gewährleisten.

Jüdische Siedlungen außerhalb der genannten Siedlungsblöcke würden in zwei Phasen aufgelöst. Der Rückzug soll allerdings erst beginnen, wenn es der palästinensischen Autonomiebehörde gelungen ist, die ihr obliegenden Schritte auch gegen die Hamas im Gaza-Streifen durchzusetzen.

Das palästinensische Staatsgebilde wird demilitarisiert. Palästina wird nicht über eigene Streit-, wohl aber über Polizeikräfte verfügen. Israel gestattet, dass palästinensische Flüchtlinge im Rahmen von einzeln zu prüfenden Familien-

zusammenführungen ins israelische Kernland zurückkehren. Die Gesamtzahl der Rückkehrer ist auf 20.000 begrenzt. Schwierig wird die israelische Forderung zu erfüllen sein, die Jerusalem-Frage vorläufig offen zu halten. Olmert müsste sonst befürchten, dass sein Koalitionspartner Shas die Regierungskoalition augenblicklich verlassen und damit die Verabschiedung des gesamten Vertragswerkes unmöglich machen würde.

Fraglich scheint, ob beide Seiten ihre „Constituencies“ (Anhänger) auf die Zugeständnisse vorbereitet haben: Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Palästinenser und Israelis eine Zwei-Staaten-Lösung befürworten, aber eine ebenso große Mehrheit dieses Ziel für momentan nicht erreichbar hält.

Auf israelischer Seite ist die Frustration groß, weil weder der Rückzug aus dem Süd-Libanon noch der Rückzug aus dem Gaza-Streifen mehr Sicherheit gebracht haben, ganz im Gegenteil: Dem Rückzug aus dem Süd-Libanon folgte 2006 nach einem Grenzüberfall der Hisbollah einer der schwersten Waffengänge der letzten zehn Jahre und nach dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen hat der Beschuss mit Kassam-Raketen zumindest bis zur jüngsten Waffenruhe mit der Hamas unvermindert angehalten. Dies bestärkt viele in ihrer Ansicht, dass auch ein Rückzug aus der West Bank, ob nun unilateral oder als Ergebnis von erfolgreichen Verhandlungen, nicht zu mehr, sondern wie bislang erlebt, zu weniger Sicherheit führen würde.

Vielen Palästinensern mögen die von ihnen jetzt geforderten Zugeständnisse (noch) zu weit gehen, zumal diese vor den Zugeständnissen Israels umgesetzt werden sollen. Außerdem werden sie die geforderte Zurückstellung der Jerusalem-Frage für einen Trick halten und zumindest einen sofortigen, verifizierbaren Siedlungstopp in bzw. um Jerusalem fordern.

Auch die Zurückstellung weiterer israelischer Zugeständnisse bis zu einem Zeitpunkt, zu dem die Hamas entweder zustimmt oder aus dem Gaza-Streifen verdrängt ist, halten sicher nicht alle Palästinenser für annehmbar. Ein Grundsatz der Verhandlungen lautet nämlich, dass nichts vereinbart ist, solange nicht alles vereinbart ist. Dies bedeutet eben, dass es nicht genügt, in Einzelfragen Übereinstimmung zu erzielen, sondern dass nur eine „Paketlösung“, die für alle Einzelaspekte eine gemeinsame Lösung enthält, den jeweiligen „Constituencies“ zur Annahme vorgelegt werden kann.

Neueste Umfragen zeigen, dass, wenn es zu einer „Paketlösung“ käme, immerhin 65 Prozent der Palästinenser bereit wären, zuzustimmen, auch wenn das Paket Lösungselemente wie die zur Jerusalem-Frage enthielte, die für sich genommen keine mehrheitliche Unterstützung erfahren würden.



Es ist nicht auszuschließen, dass sich, scheitern die Verhandlungen nicht zuletzt angesichts des andauernden Siedlungsbaus, in Zukunft immer mehr Palästinenser von der Idee einer Zwei-Staaten-Lösung wieder abwenden werden. Stattdessen werden sie eine „Ein-Staaten-Lösung“ anstreben, einen binationalen Staat, in dem alle Bürger die gleichen politischen Rechte, wie das Wahlrecht genießen.

Eine solche Präferenz äußern inzwischen nahezu 30 Prozent aller Palästinenser und nahezu die Hälfte der Hamas-Anhänger. Dies wäre das Ende Israels als jüdischer Staat. Derart bedrohliche Vorstellungen haben unter Israelis die Einsicht wachsen lassen, dass eine dauerhafte Friedenslösung unumgänglich ist. Ganze 63 Prozent geben in neuesten Umfragen einer „Paketlösung“ den Vorzug, wobei neben der Jerusalem-Frage vor allem das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge am meisten umstritten bleibt.

Die nächsten Wochen müssen zeigen, ob sich beide Seiten noch vor dem politischen Ausscheiden Olmerts werden einigen können. Einiges spricht dafür, dass dies gegenwärtig eben doch noch nicht gelingen wird und man es wohl der kommenden israelischen und palästinensischen Regierung sowie der nächsten US-Administration überlassen muss, die dann vielleicht inzwischen vorliegenden Vereinbarungen politisch durchzusetzen.

In jedem Fall ist mit dem Treffen in Annapolis wieder Bewegung in den Friedensprozess gekommen. Die größte politische Herausforderung in der kommenden Zeit dürfte es sein, die erzielten Ergebnisse nicht nur zu konservieren, sondern auch einen Weg zu finden, sie angesichts unterschiedlicher politischer Systeme in den beteiligten Staaten in die Realität zu überführen.

6. WELCHE ROLLE FÜR EUROPA BZW. DEUTSCHLAND?

Europa und damit auch die Bundesregierung sollten die Bemühungen um eine Zwei-Staaten-Lösung weiter unterstützen. Damit würde Deutschland nicht zuletzt seiner besonderen Verantwortung gegenüber Israel gerecht. Die Bundesregierung setzt mit ihren europäischen Partnern auf eine politische Lösung sowohl des Nahostkonfliktes insgesamt, als auch der innerpalästinensischen Auseinandersetzung zwischen Fatah und Hamas. Ohne Einigung zwischen den palästinensischen Fraktionen wird es keine friedliche Beilegung des Konfliktes geben.

Die Europäische Union und die Bundesregierung können ihre guten Beziehungen zu beiden Seiten einsetzen, um die Einhaltung der in der absehbaren Rahmenvereinbarung festgelegten Verpflichtungen, vor allem der auf palästinensischer Seite, zu überwachen. Es liegt nahe, dass diese Vereinbarun-

gen auch die Entsendung von Friedenstruppen oder Waffenstillstandsbeobachtern im Gaza-Streifen beinhalten könnten.

Angesichts arabischer Vorbehalte gegenüber amerikanischen Truppen auf „arabischem Boden“ böte sich die Entsendung europäischer beziehungsweise deutscher Soldaten oder Beobachter an. Dies fände angesichts der positiven israelischen Haltung gegenüber der deutschen Beteiligung an der UNIFIL-Mission vor der Küste Libanons sicher auch die Zustimmung Israels.

Mit der Zusage auf der Berliner Konferenz am 24. Juni 2008, der Palästinensischen Autonomiebehörde 15 Millionen Euro für die Ausbildung von Sicherheitskräften zur Verfügung zu stellen, unterstützt die Bundesregierung den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und fördert die Rechtssicherheit für die Bevölkerung in der West Bank. Ob dies allerdings in gleichem Maße auch für die Bürger im Gaza-Streifen gilt, scheint momentan zumindest fraglich.

Ohnehin sollte überprüft werden, ob die andauernde Alimentierung der Palästinensischen Autonomiebehörde tatsächlich einen wirksamen Beitrag zur Lösung der Probleme leistet oder nicht eher zu Problemen bei der Durchsetzung einer Friedenslösung beiträgt.

Sari Nusseibeh, Präsident der Al-Quds-Universität und moderater palästinensischer Intellektueller, hat kürzlich betont, dass zumindest er weitere Finanzausgaben an die Palästinensische Autonomiebehörde – der er ausufernde Korruption unterstellt – gern an konkrete Fortschritte im Friedensprozess gekoppelt sehen würde. Vor allem die Europäer, so Nusseibeh, finanzierten letztlich den Status quo der Besatzung im Tausch für das schöne Gefühl, etwas Konstruktives zur Friedenslösung beizutragen.

Die israelische Seite befürwortet dagegen die finanzielle Unterstützung, da sie diese Mittel sonst wohl selbst aufbringen müsste, die Palästinenser begrüßen sie, weil ihnen daraus regelmäßige Einkommen zufließen. Diese Finanzmittel zementieren tatsächlich den Status quo eher, als dass sie zu seiner Weiterentwicklung beitragen.

Angesichts einer Autonomiebehörde mit 160.000 Mitarbeitern (!), von denen nahezu die Hälfte so genannte Sicherheitskräfte sind, die zwar ausgebildet werden, aber bisher in keiner Phase Sicherheit herstellen konnten und deren teure Bewaffnung bisher vornehmlich im Rahmen interner Auseinandersetzungen und nicht zum Schutz der Bevölkerung zum Einsatz gekommen ist, fragt sich sicher nicht nur Nusseibeh, ob es Erfolg versprechend ist, unter diesen Umständen fortzufahren.



Wenn Deutschland seine Rolle als Akteur im nahöstlichen Friedensprozess von der eines „Payers“ zu der eines „Players“ fortentwickeln will, sollte es seine finanzielle Unterstützung an reale Fortschritte koppeln. Nur auf diese Weise entsteht der notwendige Verhandlungsdruck.

Inwieweit Europa oder sogar die Bundesregierung auch den innerpalästinensischen Dialog befördern kann, ist schwer abzuschätzen. Die westlichen Vorbedingungen für einen Dialog mit der Hamas bestehen weiter und bedeuten, dass allein die unmittelbaren Konfliktparteien einen Weg finden müssen, die gegenseitige Sprachlosigkeit zu überwinden.

Der israelischen Seite ist dies, wie der durch Ägypten vermittelte Waffenstillstand zeigt, inzwischen gelungen. Ob auch die Palästinensische Autonomiebehörde unter Präsident Mahmoud Abbas, trotz aller Vorkommnisse in den letzten Wochen und Monaten, einen Weg zur Wiederaufnahme des innerpalästinensischen Dialogs findet, bleibt indes ungewiss. Ohne Gespräche wird es keinen Durchbruch geben. Viel Zeit bleibt Mahmoud Abbas dafür nicht, auch seine Amtszeit neigt sich dem Ende zu.

DIE AUTOREN

Dr. Michael A. Lange

ist Teamleiter Außen-, Sicherheits- und Europapolitik und Koordinator Naher Osten/Islamische Länder in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und langjähriger KAS-Auslandsmitarbeiter in der Nahostregion: Jordanien (1981-1985), Tunesien (1985-1988), Israel (1989-1994) und Ägypten.

Dustin Dehéz

ist Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Senior Fellow am Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS) sowie Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS).